

## Hygienestrategien entwickelt

Bauhandwerks-Innung Lahn-Dill weist „Pauschalvorwürfe“ der IG BAU zurück

**WETZLAR/DILLENBURG** (red). Die Industriegewerkschaft Bau Mittelhessen (IG Bau) hatte den heimischen Bauunternehmern in einer Stellungnahme vorgeworfen, dass sie die Corona-Hygiene-Maßnahmen auf den Baustellen nicht durchsetzen würden. Für die Bauhandwerks-Innung hat die Gewerkschaft damit allerdings keine gerechtfertigte Kritik geäußert, sondern „eine ganze Branche mit Pauschalvorwürfen regional in Verruf gebracht“, heißt es in einer Stellungnahme der Innung.

„Kritik nehme ich gerne an, wenn sie begründet ist und vernünftig kommuniziert wird“, betont Innungs-Obermeister Ulrich Weber mit Blick auf die Vorwürfe der IG BAU Mittelhessen. Die pauschale und völlig undifferenzierte Behauptung, dass viele Bauunternehmen die Gefahr einer Infektion mit dem Coronavirus inzwischen einfach ausblenden und die Ansteckungsgefahr auf die leichte Schulter nehmen, weist der Bauunternehmer aus Rechtenbach dementsprechend als „rufschädigend und diffamierend“ zurück. Er betont in diesem Zusammenhang, dass vor dem Hintergrund steigender Infektionszahlen und der Gefahr eines zweiten Lockdowns der Schutz der Beschäftigten in den Bauunternehmen oberste Priorität habe. Aus diesem Grund habe er, wie viele seiner Innungskollegen, bereits frühzeitig gemeinsam mit der Belegschaft eine Hygienestrategie für sein

Unternehmen auf Basis der Vorgaben und Hinweise der Berufsgenossenschaft entwickelt.

Auch der Geschäftsführer des Haigerer Bauunternehmens Karl Fey GmbH & Co. KG, Wolfgang Fey, wehrt sich gegen die „nicht hinnehmbaren Unterstellungen“ der Gewerkschaft.

### Bei 90 Prozent der Betriebe keine Mängel festgestellt

„Auf den Baustellen haben wir zusätzliche Sanitärkapazitäten geschaffen, allen Mitarbeitern ausreichend Desinfektionsmittel zur Verfügung gestellt und wo immer dies möglich war, unsere Leute in gleichbleibende Teams eingeteilt“, gibt Fey Auskunft über die betrieblichen Hygienestandards des Unternehmens und weist ausdrücklich darauf hin, dass selbstverständlich dort, wo der Mindestabstand nicht eingehalten werden kann, eine Mund-Nasen-Bedeckung getragen werden muss.

Schwere Corona-Verstöße auf Baustellen im Lahn-Dill-Kreis kann auch der Geschäftsführer der Bauhandwerks-Innung Lahn-Dill, Sebastian Hoffmanns, nicht bestätigen und weist darauf hin, dass sowohl die BG Bau als auch das Regierungspräsidium Gießen, die die Arbeitsschutzstandards kontrollieren, nur vereinzelt Mängel festgestellt haben. So seien nach Angaben der BG Bau bei knapp 90 Prozent der Betriebe überhaupt keine Mängel festgestellt worden.

## Vom Patienten- zum Arztanwalt

Wie eine jetzige Zeugin einen Strafverteidiger an die im Cortison-Prozess Angeklagte vermittelte

Von Jörgen Linker

**WETZLAR/ASLLAR.** Im Cortison-Prozess ist in der vergangenen Woche auch die Rolle von Dr. Burkhard Kirchhoff, dem ehemaligen Strafverteidiger der angeklagten Akupunktur-Ärztin aus Aßlar, beleuchtet worden. Warum wurde der Weilburger Jurist, der sich einen Namen als Patientenanwalt gemacht hat, ausgerechnet in diesem Fall zum Arztanwalt?

Aufschluss geben die Aussagen einer Zeugin, einer Ärztin, die für anderthalb Jahre in der Aßlarer Praxis gearbeitet hat – in der Zeit, in der die Praxis zweimal von der Polizei durchsucht wurde und in der die Ermittlungen begannen. Sie sagte vorm Wetzlarer Amtsgericht aus: „Ich habe einen Rechtsanwalt zurate gezogen, wie ich mich verhalten sollte.“ Am liebsten habe sie sich sofort aus der Praxis verabschieden wollen. Dieser Anwalt war Dr. Burkhard Kirchhoff, zugleich Patenonkel ihres Sohnes.

### Anwalt unterstützt Zeugin bei polizeilicher Vernehmung

Doch Kirchhoff war nicht nur Berater, er wurde in diesem Fall auch für die heutige Zeugin tätig, wie das Gericht berichtete. Als sie die erste Vorladung der Polizei erhalten habe, habe sich nämlich Kirchhoff bei der Polizei gemeldet und erklärt, ihre Vernehmung komme schon wegen der ärztlichen Schweigepflicht nicht in Betracht. Sie: „Er hat damals gesagt, du sagst gar nichts mehr.“ Später sprach sie von „Maul halten“.

Und sie vermittelte den Anwalt Mitte 2016 auch an ihre damals beschuldigte Kollegin, schickte ihr per WhatsApp die Adresse – konnte sich aber erst auf Vorhalt von Richter Konrad Velten daran erinnern.

Wäre aus dieser Ärztin auch eine Beschuldigte im Cortison-Prozess geworden, hätte Kirchhoff ein Problem bekommen können. Denn Rechtsanwälte dürfen in derselben Strafsache



Die Sitzungen des Amtsgerichts Wetzlar im Cortison-Prozess sind öffentlich. Bislang haben jeweils rund 20 Zuschauer die Prozesstermine verfolgt. Foto: Jörgen Linker

nicht für zwei Beschuldigte tätig werden, sonst würden sie sich des Parteienverrats schuldig machen – eine Straftat.

Die Zeugin erklärte, nach der ersten polizeilichen Durchsuchung im Jahr 2016 habe sie in der Praxis nur noch ihre Arbeit gemacht, sich komplett zurückgezogen und auch kein Konfliktgespräch mehr hergestell.

Doch ein von der Verteidigung eingebrachter und vom Richter vorgelesener WhatsApp-Chat zwischen den beiden Ärztinnen zeigt, dass noch bis Anfang 2017 ein Vertrauensver-

hältnis bestanden haben muss. Die jetzige Zeugin schrieb zum Beispiel Ende November 2016 an ihre Kollegin: „Lass Dich bitte nicht durch die Arzthelferinnen verunsichern.“ Ein anderer: „Kopf hoch!“

Anfang 2017 sei das Vertrauensverhältnis allerdings gestört gewesen, hatte die Zeugin berichtet, und das bestätigt auch der Chat, beispielsweise im März 2017 schrieb die Zeugin an ihre Kollegin: „Für mich besteht kein Redebedarf.“

Etwa im selben Zeitraum wechselte die Akupunktur-Ärztin ihren Verteidiger: von Kirch-

hoff zum Gießener Rechtsanwalt Dr. Dietmar Kleiner. Oberstaatsanwalt Michael Sagebiel hielt der Zeugin vor: „Sie wussten, was gelaufen ist und haben ausdrücklich ihre Kollegin gestärkt.“ Gericht und Staatsanwaltschaft wollen ihr nicht glauben, dass sie die angeklagte Ärztin nie mit Vorwürfen konfrontiert habe.

### Zweifel an den Erinnerungslücken

Sie wollen natürlich wissen, wie die Angeklagte auf solche Vorwürfe reagiert haben könn-

te. Ob sie etwas gesagt haben könnte, das die Taten bestätigt. Zumal die Angeklagte der Zeugin im WhatsApp-Chat im Mai 2016, unmittelbar nach einer polizeilichen Ladung, geschrieben hatte: „Ich muss mich mit Dir abgleichen, mit Dir alleine sprechen. Ruf einfach heute Abend an.“ Der Staatsanwalt zur Zeugin: „Erzählen sie mir nicht, es hätte diesen Anruf nicht gegeben.“ Sie konnte sich jedoch nicht daran erinnern.

So fragte Sagebiel unter anderem: „Welchen Grund gibt es für Sie heute noch, diese Kollegen, die Hunderte Patienten gefährdet hat, zu schützen?“ Er glaubt nicht, dass sie sich nicht mehr erinnern könne. Und Richter Velten: „Wir wollen eine wahrheitsgemäße Aussage, möglichst ohne Erinnerungslücken. Und da denkt sich gerade jeder seinen Teil dazu.“

Andererseits hat sie auch Belastendes vorgetragen, zum Beispiel von „unfassbaren Massen“ an Cortison gesprochen, die ihre angeklagte Kollegin verbraucht habe, und von Zweifeln an korrekten ärztlichen Handeln der Kollegin. Aber: Dies sind nur Einschätzungen der Zeugin, nichts juristisch Handfestes.

Staatsanwaltschaft und Gericht machten sie mehrfach auf eine wahrheitsgemäße Aussage aufmerksam – auch das Weglassen von Informationen kann eine Falschaussage und somit strafbar sein. Und sie machten die Zeugin darauf aufmerksam, dass im weiteren Prozessverlauf möglicherweise auch Zeugen kommen könnten, die mögliche Erinnerungslücken füllen könnten.

Der Prozess wird am Donnerstag, 3. September, um 9 Uhr in der Wetzlarer Stadthalle (corona-bedingt) fortgesetzt. Die Akupunktur-Ärztin ist wegen gefährlicher Körperverletzung in 22 Fällen angeklagt. Sie soll Patienten während Akupunktur-Behandlungen heimlich Cortison-Spritzen gesetzt haben.

## Leseranwalt ist heute wieder am Telefon

Rufen Sie zwischen 16 und 18 Uhr an

### IHR LESERANWALT



HANS-JOACHIM WÖLK

Sie erreichen unseren Leseranwalt dienstags von 16 bis 18 Uhr unter 06441-95 96 60.

**WETZLAR** (red). Der Leseranwalt dieser Zeitung, Hans-Joachim Wölk, ist am heutigen Dienstag, 1. September, wieder für juristische Fragestellungen in der Zeit von 16 bis 18 Uhr am Telefon. Der pensionierte Marburger Oberstaatsanwalt beantwortet kostenfrei rechtliche Fragen unserer Leser – beispielsweise zu Erbsachen, Nachbarschaftsstreitigkeiten und mehr. Erreichbar ist er heute unter Telefon 06441-95 96 60.

### CORONA-DATEN

## 267 Personen in Quarantäne

**WETZLAR/DILLENBURG** (red). Das Gesundheitsamt betreut aktuell 31 Covid-19-Fälle – drei weniger als am Freitag. Im Kreis wurden seit dem 27. Februar 446 Corona-Infektionen bestätigt. Das hat der Lahn-Dill-Kreis mitgeteilt.

395 dieser Infizierten gelten als genesen. 24 Personen sind gestorben (davon 20 positive Fälle, also durch Test bestätigt, sowie vier Fälle mit klinisch-epidemiologischem Zusammenhang, also ohne bestätigten Test, sondern durch Diagnostik). 267 Kontaktpersonen befinden sich derzeit in Quarantäne (Freitag: 250). Insgesamt konnten bisher seit Ausbruch des Coronavirus im Kreis

### Coronavirus



Weitere Texte, Videos und Grafiken zum Thema „Coronavirus“ finden Sie online in unserem Dossier unter der Adresse: <https://tinyurl.com/mhcorona>

3780 Menschen aus der Quarantäne entlassen werden. Die 7-Tage-Inzidenz für den Lahn-Dill-Kreis, als die Anzahl der Neuinfektionen je 100 000 Einwohner in den letzten sieben Tagen, beträgt 6,25. Die Zahlen beziehen sich auf den Stand Montag, 31. August, 8.30 Uhr.

## Wohin mit Rädern von Schülern und Lehrern?

Antrag der Kreis-CDU zeigt: Nur knapp jede zweite Schule im Lahn-Dill-Kreis hat bislang eine Fahrradabstellanlage

Von Jörgen Linker

**WETZLAR/DILLENBURG.** An den über 90 Schulen im Lahn-Dill-Kreis gibt es laut Kreisverwaltung aktuell 42 Abstellanlagen für Fahrräder. Demnach haben Schüler und Lehrer nur an knapp jeder zweiten Schule die Möglichkeit, ihre Räder abzustellen. Und es gibt noch eine Einschränkung: „Etliche der vorhandenen Anlagen sind gut, einige müssen erneuert werden“ – das hat Kreis-Schuldezernent Heinz Schreiber (Grüne) vorige Woche in der Sitzung des Kreistags-Verkehrsausschusses in Wetzlar berichtet.

Die Leiterin der Schulbauabteilung in der Kreisverwaltung, Kerstin Weber, sagte: Der Bedarf nach solchen Abstellanlagen werde an den Schulen abgefragt: Mit wie vielen Rädern sei zu rechnen, darunter mit wie vielen E-Bikes? Zum Beispiel an der Goetheschule und der Heuss-Schule in Wetzlar sowie der Oranien-Schule in Dillenburg, dort, wo Schulhöfe

und der Außenbereich neu gestaltet werde.

Sie berichtete auch: „An Grundschulen sind wir bislang gut aufgestellt.“ Aber der Bedarf werde von Schulen angemeldet, weil viele Schüler mit Rollern oder Rädern zur Schule kämen. Klaus Niggemann (AfD): „Ich bin davon ausgegangen, dass es ausreichend Fahrradständer gibt. Gibt es Beschwerden von Schülern?“

### Lehrer wollen gesonderte Abstellplätze für ihre Räder

Kerstin Weber dazu: „Es ist nicht mehr mit Fahrradständern wie vor fünf Jahren getan, weil die Räder mittlerweile einen ganz anderen Wert haben.“ So bestehe auch der Wunsch nach Beleuchtung und Überdachung der Abstellanlagen. Anmerkung von Martina Klement (Grüne): „Ich kenne Schüler, die würden mit dem Rad zur Schule fahren, wenn sie es sicher abstellen können. Da haben wir einen erheblichen Nachholbedarf.“



Gut für Gesundheit und Umwelt: Schüler, die mit dem Rad zur Schule kommen und nicht mit dem Auto gebracht werden. Aber wohin mit den Fahrrädern während der Schulzeit? Archivfoto: dpa

Und es gibt noch ein Problem bei den Abstellanlagen: Fahrrad ist nicht gleich Fahrrad. Vize-Landrat Roland Esch (FWG) erklärte, es gebe einen Bedarf für unterschiedliche Stellplätze für Schüler und Lehrer. Denn Lehrer befürchteten, dass ihre Räder an den Schulen beschädigt werden könnten.

Das bestätigte auch Kerstin Weber von der Schulbauabteilung: An fast jeder Schule gebe es die Diskussion, dass Lehrer-Fahrräder eben nicht neben Schüler-Räder gestellt werden sollen. „Da gibt es wirklich Befürchtungen wegen Vandalismus. Das ist ein heikles Thema.“

Anlass für die Diskussion im Kreistags-Ausschuss war ein Antrag der CDU-Kreistagsfraktion. Sie wollte wissen, warum bislang nur eine Schule aus dem Lahn-Dill-Kreis bei der Nationalen Klimaschutzinitiative einen Förderantrag für eine Fahrradabstellanlage gestellt habe, der Kreis, als Schulträger, aber keine. Die Antwort von Schuldezernent Schreiber: Die Initiative zahle nur einen Zuschuss von 30 bis 40 Prozent für die Anlagen, das Land Hessen dagegen 60 bis 70 Prozent. „Wir gedenken, diese Förderung in Anspruch zu nehmen.“ Außerdem zahle die Initiative teilweise nur, wenn die Anlagen rund um die Uhr offen stünden; dem stehe entgegen, dass Schulhöfe auch abgeschlossen würden.

Das Problem bei den Anträgen: Sie seien sehr kompliziert, ergänzte Kreis-Klimaschutzmanager Ingo Dorsten. „Der Flaschenhals bei der Förderung liegt deshalb in der personellen Bearbeitung.“

**100%ig**

**LOHNT ES SICH JETZT MEHR ALS BISHER!**

Photovoltaik ist deutlich günstiger als Strom vom Energieversorger und macht Sie bis zu **80% unabhängig** von der Energiepreispolitik!

Wir beraten Sie gern individuell.

**Solarzentrum Mittelhessen GmbH**

35236 Breidenbach-Oberdieten

**Telefon: 06465/927680**

[www.solarzentrum-mittelhessen.de](http://www.solarzentrum-mittelhessen.de)